

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg  
Beschluss der 33. Ordentlichen  
Landesdelegiertenkonferenz  
am Samstag, 16. November 2013  
im Haus des Gastes, Lindenstraße 6, 04895 Falkenberg/Elster



## Solidarisch Handeln – Flüchtlinge aufnehmen und ihre Lebenssituation verbessern

Weltweit sind ungefähr 36 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur sehr wenige versuchen, nach Europa zu kommen, um hier Schutz zu finden. Fast täglich sterben bei diesem Versuch viele Menschen. Die Katastrophe vor Lampedusa im September mit ca. 400 Toten führt uns das ganze Ausmaß der Tragödie vor Augen.

Wir brauchen in Europa kein weiteres Flüchtlingsabwehrsystem, wie es Bundesinnenminister Friedrich fordert, sondern ein Flüchtlingsrettungssystem. Wir müssen endlich Ernst machen mit unserer humanitären Aufgabe auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn jedoch der Zugang zu Asyl nicht gewährleistet wird, ist das gesamte Gesetz wertlos. Die Rechte von Flüchtlingen werden in Deutschland seit Jahren mit Füßen getreten. Die Dublin-Verordnung zwingt Flüchtlinge, in dem Land Asyl zu beantragen, wo sie das europäische Territorium zuerst betreten haben. Dadurch wird Europa für die Flüchtlinge zum Verschiebebahnhof. Wir wollen, dass sich ein wohlhabendes und bevölkerungsreiches Land wie Deutschland endlich zu einer solidarischen Asylpolitik bekennt, statt die EU-Mittelmeerländer mit der Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen alleine zu lassen.

Wir brauchen ein Umdenken in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik. Statt Abschreckungsstrategien und Rettungsverweigerung, dem Abdrängen von Flüchtlingsbooten und menschenrechtswidrigen Abschottungsmaßnahmen setzen wir Bündnisgrüne uns ein für ein Europa, das mit dem Flüchtlingsschutz endlich Ernst macht. Wir wollen, dass Flüchtlinge Europa über legale und sichere Wege erreichen können, sie aufgenommen statt abgefangen werden, sie nicht wie Frachtgut zwischen den EU-Staaten hin und her geschoben werden, sie in allen EU-Ländern ein faires Asylverfahren erhalten und menschenwürdig leben können.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wollen auch im Land Brandenburg die Situation von Flüchtlingen verbessern und ihre Rechte stärken - durch bessere Mindeststandards in der Erstaufnahmeeinrichtung und in den Gemeinschaftsunterkünften sowie vorzugsweise die Unterbringung in Wohnungen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in den letzten Jahren bestärkt uns Bündnisgrüne in unseren Forderungen nach Abschaffung der diskriminierenden Bundesgesetze. Die Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums stellt demnach ein Grundrecht dar. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist daher aufzuheben und die Betroffenen in die bestehenden Sozialleistungssysteme einzubeziehen. Damit wäre endlich ein Recht auf Arbeit und Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung sowie ein Krankenversicherungsschutz garantiert.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Pläne der rot-roten Koalition, angesichts steigender Flüchtlingszahlen mehr Geld für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt und in den Landkreisen auszugeben. Die vom Landtag vergangenes Jahr auf den Weg gebrachte Initiative zur Verbesserung von Mindeststandards bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sowie zum Vorrang der Unterbringung in Wohnungen war gescheitert. Ein neuer Anlauf, der das Konnexitätsprinzip beachtet, ist daher das richtige Signal. Allerdings darf es nicht nur darum gehen, mehr Plätze zur Verfügung zu stellen, auch die Qualität der Unterbringung und Betreuung muss besser werden.

Eigenverantwortung der Flüchtlinge für ihr Leben stärken: Dezentrale Unterbringung in Wohnungen mindert politische Konflikte und fördert die Integration

Seit langem setzen wir Bündnisgrüne uns für verbesserte Lebensbedingungen der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen ein. Viele unserer Forderungen wurden vom Landtag bereits aufgenommen. Bessere Standards bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und der psychosozialen Betreuung, vor allem aber die zügige und vorrangige Unterbringung der Asylsuchenden in Wohnungen haben wir angemahnt.

Flüchtlinge sollen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Dafür ist der Zugang zu qualifiziertem Deutschunterricht sicherzustellen. Der Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften soll das Ziel haben, sie auf ein Leben in Selbstständigkeit vorzubereiten. Deshalb müssen die Gegebenheiten in den Gemeinschaftsunterkünften so beschaffen sein, dass sie dem Leben in einer privaten Wohnung möglichst nahe kommen. Die Verweildauer von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften ist zu begrenzen; die Betroffenen benötigen eine klare zeitliche Perspektive.

In den letzten 15 Jahren hat sich der Anteil der in Wohnungen untergebrachten Flüchtlinge von zehn Prozent auf 39 Prozent erhöht. Das ist begrüßenswert. Damit liegt Brandenburg im Ländervergleich aber immer noch im hinteren Drittel. Auch die erheblichen Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen hinsichtlich der Anzahl der Wohnungsunterbringungen im Land Brandenburg zeigen, der Ermessensspielraum der bundesgesetzlichen Vorgaben wird sehr unterschiedlich genutzt.

Die Erfahrungen einzelner Kommunen und anderer Bundesländer weisen darauf hin, dass die Unterbringung in Wohnungen nicht nur sozialer und integrationsfördernder ist, sondern auch vielfach kostengünstiger sein kann. Die Fehlanreize im Landesaufnahmegesetz, wonach die Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften mit 2300 Euro pro Platz gefördert wird, die Bereitstellung von Wohnungen hingegen aber nicht, müssen umgehend abgeschafft werden.

Wir sind uns bewusst, dass die steigenden Flüchtlingszahlen die Kommunen und auch das Land vor organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen. Das darf aber nicht dazu führen, überholte integrationsfeindliche Konzepte dauerhaft zu zementieren. Wir Bündnisgrüne wollen keine Renaissance von Sammelunterkünften am Waldrand!

### **Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität**

Nachdem die Zahl der Asylanträge in den Jahren 2006 bis 2008 mit rund 30.000 jährlich auf einem sehr niedrigen Niveau lag (zum Vergleich 1992 bei 450.000), haben wir es momentan mit einem deutlichen aber nicht dramatischen Anstieg zu tun (2012 ca. 64.000 Anträge bundesweit). In Brandenburg werden nach Prognosen des Bundesinnenministeriums 2013 etwa 3300 neue Flüchtlinge erwartet. Wir begrüßen, dass die Landesregierung ein Kontingent besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aufnimmt und fordern Sozialminister Baaske auf,

weitere Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Kontingentflüchtlinge aufnehmen zu können und den Familiennachzug zu erleichtern.

Mit Sorge beobachten wir Bündnisgrüne, dass diese moderaten Zahlen für fremdenfeindliche und rassistische Aktivitäten herangezogen werden. So demonstrieren rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppen und Parteien derzeit wieder häufiger vor den Gemeinschaftsunterkünften von Flüchtlingen. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg rufen alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, Farbe zu bekennen und sich solidarisch an die Seite der Flüchtlinge und Asylsuchenden zu stellen und gemeinsam friedlich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und dem Rassismus eine klare Absage zu erteilen.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg wollen, dass die möglichst dezentrale Aufnahme von Flüchtlingen im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern verläuft und nicht als Bedrohung inszeniert wird. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur humanitär geboten, vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und dem Fachkräftemangel ist sie auch eine Chance.